

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nr. 4—6

April—Juni 1960

2 Schilling

919513



Niemals
vergessen

1934 - 1945



Ein Leben für die Demokratie

Der Mann, zu dessen Ehren heute im ganzen Land die rotweißroten Fahnen wehen, ist erst seit drei Jahren das Oberhaupt unserer Republik. Das klingt verwunderlich — und es ist nicht nur unsere raschlebige Zeit, die uns diese drei Jahre als eine so lange Spanne erscheinen läßt. Vor drei Jahren war Dr. Schärff ein profiliert „junger“ Präsidentschaftskandidat. Heute ist er, obgleich er sich seine Frische und Tatkraft in bewunderswerter Weise erhalten hat, der „große alte Mann“ Österreichs.

Wie kurz die Zeit ist, in der sich Doktor Schärff seiner Berufung würdig erwiesen, in der er in die Dimensionen seines Amtes hineingewachsen ist, kann man nur richtig beurteilen, wenn man an den hochaufragenden Patriarchengestalten Maß nimmt, die ihm in diesem Amt vorangegangen sind: dem zweimaligen Republikgründer Dr. Renner und dem legendären Volksgeneral Körner. Neben diesen Letzten der Pioniergeneration als Gleicher an staatsmännischer Statur stehen und bestehen zu können, das erfordert besonderes Format. Es ist ein Glück für Österreich, daß in der richtigen Stunde der richtige Mann zur Stelle war.

Dr. Schärff ist nicht nur im Bewußtsein des österreichischen Volkes, sondern auch in den Augen der Welt zum vollgültigen Vertreter unserer Republik, zur Personifizierung des neuen Österreich geworden. Erst vor kurzem hat der Bundespräsident bei seinem Staatsbesuch in Skandinavien unser Land mit besonderem Erfolg vertreten: Die Sympathien für Österreich und die Sympathien für Dr. Schärff strömten in einer eindrucksvollen Kundgebung der Freundschaft zusammen.

Was aber in Österreich das Bedeutsamste ist: Dieser Mann, der ein Leben lang Parteimann, der in den entscheidenden ersten zwölf Jahren der Zweiten Republik Parteiführer war, der in einem scharfen Wahlkampf gegen einen Kandidaten gewählt worden ist, den die damals stärkste Partei des Landes aufgestellt hatte, ist heute, nur drei Jahre später, über alle Parteigrenzen hinweg, der unangefochtene und vorbehaltlos anerkannte Repräsentant aller Österreicher, die Verkörperung dessen, was unser Volk über die Parteigrenzen hinweg verbindet.

*

Aber das ist kein Zufall. Die Zusammenarbeit, in deren Zeichen Dr. Schärff zum

Bundespräsidenten gewählt worden ist und für deren Erhaltung er sich dem österreichischen Volk persönlich verantwortlich fühlt, ist sein Lebenswerk. Der Friede, dessen sich unser Land heute erfreut, ist von Dr. Schärf maßgeblich mitgestaltet worden.

Dies in doppelter Weise: Dr. Schärf hat mit Helmer und Böhm nach 1945 die Regierungskoalition geschaffen und sie gegen alle Anfechtungen geschützt. Er war andererseits das Rückgrat des unbeugsamen Widerstandes gegen Besatzung und Großmächte willkür. Er hat dadurch die Voraussetzung dafür geschaffen, daß Österreich in einer glücklichen Minute der Weltgeschichte seine volle Freiheit wiedererlangen konnte — und er hat noch zuletzt die Nervenkraft aufgebracht, gegenüber den Mächtigen in Moskau die ganze, die ungeteilte Freiheit, das österreichische Öl und die absolute Beendigung jeder wirtschaftlichen Abhängigkeit zu ertrotzen. Es ist eine ebenso schöne wie seltene Fügung der Geschichte, daß dieser Mann nun das Oberhaupt des Staates ist, dessen Existenzgrundlage er so unmittelbar in doppelter Weise gestaltet hat.

Und das ist auch der Grund, warum zwischen dem Leben Dr. Schärf als Führer der österreichischen Arbeiterbewegung und seiner Amtsführung als Bundespräsident kein Widerspruch besteht: Er hat die Sozialistische Partei zur staatsbehaltenden Partei der Republik gemacht und ist schon als Parteimann vor allem Staatsmann, als Sozialist vor allem Österreicher gewesen. Und so hat auch die österreichische Arbeiterbewegung, indem sie Dr. Schärf für das höchste Amt des Staates freigab, nicht von ihm Abschied nehmen müssen: Dr. Schärf verkörpert heute als erster Mann der Republik so wie einst die Bewe-

gung, aus der er kommt, und die mit ihm und durch ihn zur Trägerin des Staates geworden ist.

Wir wollen aber nicht verabsäumen, auch den Geburtstag eines einfachen Menschen zu würdigen, als die Krönung seines Lebens, das keine Freude entbehrt hat, die dem schlichten, rechtschaffenen Menschenleben zusteht, und dem keine Bitternis erspart geblieben ist, die ihre Furchen in das Gesicht dieser durch zwei Weltkriege gegangenen Generation gegraben hat. Und wir wollen vor allem hervorheben, was niemand übersehen kann, der in der Chronik dieses Lebens blättert: daß es ein Leben der Arbeit war.

Der Mann, der heute in der Hofburg residiert, hat als Kind seiner Mutter beim Perlenblasen geholfen, um das karge Wirtschaftsgeld aufzubessern. Er hat sich sein Studium von Jahr zu Jahr durch Vorzugszeugnisse erkämpfen und sehr früh durch Nachhilfestunden verdienen müssen. Ihm hat's nie ein Papa gerichtet, er hat alles aus eigener Kraft durchzustehen gehabt. Er hat in dieser harten Zeit jene Tugenden erworben, die man am altösterreichischen Beamten rühmte, wenn er sich auch gegen die Beschränktheit der Beamten-Standesmoral aufgelehnt hat. Den Fleiß, die Genauigkeit, die Schlichtheit und Bescheidenheit hat Dr. Schärf sein Leben lang bewahrt. Er übt heute sein Amt tatsächlich als erster Beamter des Staates aus, ohne, ja vielmehr gegen jeden „Übermut der Ämter“, als Diener, nicht als Vormund des Volkes.

Und deshalb gelten heute die Fahnen und Blumengebinde, die präsentierten Gewehre und die Hymnenklänge dem Lebenswerk, dem großen Verdienst, der hohen Würde des Jubilars. Ihm, dem Menschen Dr. Schärf, wollen wir dankbar die Hand drücken.

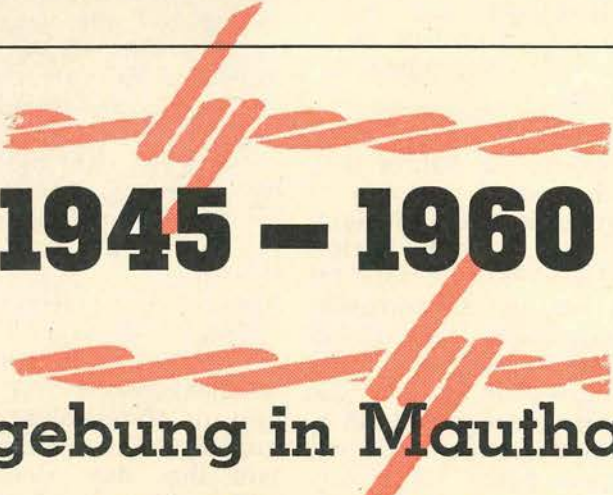
Der Kampf um die Demokratie ging einher mit einem Kampf um die Einigung Österreichs; diese Einigung ist von den Sozialisten standhaft gegenüber Bestrebungen aus dem Westen Österreichs erungen worden, deren Erfolg Österreich in einen reaktionären Westen und einen fortschrittlichen Osten zerrissen hätte.

Wir wollen es noch erleben

Vor kurzem haben wir jenes Tages gedacht, an dem Österreich ein großes nationales Unglück traf: des 12. Februar 1934, an dem ein Bürgerkrieg begann. Ein paar Wochen später hat man eines viel größeren nationalen Unglücks gedacht: der Ereignisse an jenem 12. März 1938, an dem die Wehrmacht Adolf Hitlers und in ihrem Gefolge die Gestapo in Österreich einbrach und die Existenz unserer Republik auslöschte. Diesen Gedenktagen folgen andere, erhebendere: Im April die Tage der Erinnerung an den Zusammenbruch der Nazi-herrschaft und der Wiederaufrichtung eines freien und demokratischen Österreich, und im Mai der Tag, an dem vor fünf Jahren im Belvedere der Staatsvertrag unterzeichnet wurde, der uns unsere vollständige Freiheit und Unabhängigkeit wiedergab.

Wir werden an diesen Tagen der vielen Opfer gedenken, die im Kampf um ein freies und demokratisches Österreich gestorben sind, an die vielen Millionen Menschen, deren Leben die Nazi-herrschaft, der Henker und der Krieg Adolf Hitlers auslöschte. Aber sollten wir an diesen Tagen nicht auch der Lebenden gedenken, denen Bürgerkrieg, Nazi-herrschaft und Kampf um die Wiederauferstehung Österreichs nicht nur unermessliches seelisches Leid, sondern auch materielle Schäden zugefügt haben, die — noch immer nicht gutgemacht worden sind?

So traurig es ist, so wahr ist es: Die Freiheitskämpfer, die Opfer des Faschismus und die Hinterbliebenen der Toten des Kampfes um ein freies und demokratisches Österreich, die noch unter uns leben, warten seit fünfzehn



1945 – 1960

Kundgebung in Mauthausen

26. Mai 1960

Anläßlich der 15. Wiederkehr des Befreiungstages in Österreich und der Tatsache, daß am 15. Mai seit Abschluß des Staatsvertrages fünf Jahre vergangen sind, findet im Lager Mauthausen am Nachmittag des 26. Mai 1960 eine Kundgebung zum Gedenken an alle Opfer des Faschismus statt.

Wir erwarten eine starke Beteiligung an dieser Kundgebung vor allem aus Wien, Niederösterreich und Oberösterreich und hoffen, daß es auch den anderen Bundesländern möglich ist, größere Delegationen zu entsenden.

Wir empfehlen vor allem, die Parteiorganisationen und insbesondere die Jugend zu der Kundgebung einzuladen.

Für Wien und die angrenzenden Orte würde die Möglichkeit bestehen, einen Sonderzug oder Sonderwaggons zu führen. Bei Führung eines Sonderzuges (mindestens 500 Teilnehmer) beträgt der Fahrpreis pro Person hin und zurück zirka 45 S.

Werden nur Sonderwaggons geführt (mindestens 300 Teilnehmer), dann beträgt der Fahrpreis pro Person hin und zurück zirka 54 S.

Sollen die organisatorischen Vorbereitungen für die klaglose Abwicklung der Kundgebung rechtzeitig einsetzen, so müssen wir bis spätestens 9. Mai 1960 alle Anmeldungen haben.

Jahren darauf, daß wenigstens die materiellen Schäden gutgemacht werden, die sie erlitten haben. Die Wiedergutmachung, eine ausreichende oder zumindest gerechte Entschädigung, wurde ihnen in diesen fünfzehn Jahren wiederholt versprochen; zuerst in einem Beschluß der Provisorischen Staatsregierung. Aber geschehen ist bis heute nichts, wenn man von den Haftentschädigungen für die Zeit von 1933 bis 1945 absieht. Und auch diese betrugen nur etwa die Hälfte dessen, was man in Deutschland und in anderen Ländern gezahlt hat.

Alle jene, die zwischen 1933 und 1945 für die Wiederherstellung eines demokratischen und freien Österreich gekämpft und dafür mit langjährigen Kerkerstrafen, mit vieljähriger Haft in Konzentrationslagern und mit dem Verlust ihrer Existenz gezahlt, die Witwen und Weisen jener Freiheitskämpfer, die ihr Leben im Kampf, im Kerker oder im Konzentrationslager verloren haben, die Witwen und Waisen der Hingerichteten — sie alle warten noch immer.

Alle jene, die vom Nationalsozialismus wegen ihrer „Rasse“, Religion oder ihrer Überzeugung verfolgt wurden, die Männer und Frauen, die als „U-Boote“ vegetiert haben, die „Stern“-träger, die Konzentrationslagerhäftlinge, die Heimkehrer aus der Not der Emigration, die vielen Zehntausende, die der Nationalsozialismus „umgesiedelt“ und um ihre Existenz gebracht hat — sie haben bisher nicht einen Groschen als Entschädigung dafür erhalten.

Über ihre Forderungen wird seit Jahren verhandelt. Aber bisher ist es bei den Verhandlungen geblieben. Sie warten als gute und brave Staatsbürger eines demokratischen Landes noch immer, aber viele fragen mit Recht: Wie lange noch sollen wir eigentlich warten? Wie lange noch wird uns die demokratische Republik, für die wir gekämpft und auf deren Wiederauf-
erhebung wir gewartet haben, auf die Wiedergutmachung warten lassen?

Sie weisen mit Recht darauf hin, daß ihre Leidensgenossen in anderen Ländern schon längst entschädigt worden sind. In der Deutschen Bundesrepublik wurden bisher für Haftentschädigungen allein rund 400 Millionen Mark ausgezahlt. In Frankreich und in anderen vom Nationalsozialismus heimgesuchten Ländern sind die Ansprüche der Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus schon längst befriedigt worden. Ist es da nicht eine Schande, daß man bei uns mit der Wiedergutmachung noch nicht einmal richtig angefangen hat?

Die Regierung hat sich in allen bisherigen Arbeitsprogrammen, die sie dem Parlament vorgelegt hat, zuletzt im Juli des vergangenen Jahres, verpflichtet, für diese Wiedergutmachung zu sorgen. Der Nationalrat hat die Regierung wiederholt in Entschlüssen aufgefordert, ihre Wiedergutmachungsgesetze zugunsten der Freiheitskämpfer und der Opfer der politischen Verfolgung vorzulegen. Nun darf nicht mehr länger gezögert werden. Fünfzehn Jahre Wartenlassen sind genug. Österreich darf nicht län-

ger die Schande auf sich sitzen lassen, daß es Männer und Frauen, die ihr Leben für die Demokratie eingesetzt haben, daß es Menschen, die ein brutales Regime um Hab und Gut gebracht hat, schlechter behandelt als andere, die in seiner schlimmsten Zeit vergessen haben, daß sie Österreicher sind!

Es läge nahe, die Frage aufzuwerfen, wer daran schuld ist, daß die Freiheitskämpfer und die Opfer der politischen Verfolgung immer noch warten müssen. Wir sehen davon ab, weil wir glauben, daß es den Interessen der Kämpfer, der Opfer und ihrer Hinterbliebenen nicht dient, wenn ihre Sache zum Gegenstand von Auseinandersetzungen zwischen den Parteien wird. Was not tut, ist, daß nun endlich — und endlich rasch — geholfen wird.

Dazu hat Vizekanzler Dr. Pittermann gemahnt, als er in seiner letzten Rundfunkansprache es als Ehrenpflicht bezeichnete, durch die beschleunigte Beschließung von Gesetzen dafür zu sorgen, daß am fünfzehnten Jahrestag der Wiedererhebung des freien und unabhängigen Österreich den Freiheitskämpfern und den Opfern der politischen Verfolgung die längst verdiente ideelle und materielle Anerkennung zuteil wird. Durch nichts könnte sich das demokratische Österreich besser ehren als dadurch, daß es endlich diese Pflicht erfüllt.

Es ist nicht mehr viel Zeit bis dahin. Parlament und Regierung werden unverzüglich an die Arbeit gehen müssen. Sie werden bedenken müssen, daß für viele Freiheitskämpfer und Opfer der Verfolgung dasselbe gilt wie für das Streben unserer Alten nach besseren Renten: Sie wollen es noch erleben!

Um die 12. Novelle

Die sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus bei Vizekanzler Dr. Pittermann

Am Freitag, dem 22. April 1960, sprach eine Delegation des Bundesvorstandes bei Genossen Pittermann im Bundeskanzleramt vor, um ihm die Wünsche der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus vorzutragen. Der Delegation gehörten Genossin Muhr sowie die Genossen Krell, Schiller und Trimmel an. — Im Laufe der sehr eingehenden Unterredung wiesen die Genossen unter anderem auch darauf hin, daß in der Frage der Wiedergutmachung gerade in diesen Tagen, 15 Jahre nach der Befreiung, ein weiteres Zuwarten kaum verstanden werden würde.

Genosse Pittermann, der auf die Schwierigkeit des ganzen Fragenkomplexes verwies, wiederholte seine schon mehrmals geäußerte Ansicht, daß den Kämpfern für ein freies und demokratisches Österreich sowie den Opfern und deren Hinterbliebenen endlich nach so langer Zeit Gerechtigkeit widerfahren müsse.

Insbesondere werde in der in Vorbereitung befindlichen 12. Novelle alles das Aufnahme finden müssen, was an berechtigten Forderungen bis jetzt noch nicht erfüllt worden ist.

SO BEGANN DIE Berliner Blockade

Am 1. April 1948 hielten russische Militärpolizisten an der sowjetischen Demarkationslinie in Deutschland zwei britische und zwei amerikanische Militärzüge auf und verlangten von den Soldaten Ausweise und Frachtpapiere. Als die Soldaten diese allen bisherigen Gepflogenheiten und Abmachungen zwischen den Alliierten widersprechende Kontrolle ablehnten, schickten die Russen die Züge einfach wieder zurück. Damit begann vor zwölf Jahren die Berliner Blockade.

Die Abriegelung Berlins stand — so merkwürdig das erscheinen mag — in engstem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Gesundung Westdeutschlands. Im Gegensatz zu den Sowjets hatten die Westmächte schon 1946 begonnen, das Leben in ihren Zonen zu normalisieren. Sie waren sich auch bereits damals darüber im klaren, daß ein Wiederaufbau nur möglich war, wenn die Zonenteilung beseitigt und die völlig entwertete Währung durch eine neue, kaufkräftige ersetzt würde.

Im Sommer 1947 hatten die Westmächte begonnen, mit der Sowjetunion über eine gesamtdeutsche Währungsreform zu verhandeln. Diese Verhandlungen waren jedoch bald gescheitert, da die Sowjets nicht der ausschließlichen Herstellung der neuen Banknoten unter Viermächtekontrolle zustimmen wollten, sondern eine eigene Notenpresse in Leipzig forderten. Eine solche Presse hätte ihnen aber die Macht gegeben, die Produktion der westlichen Zonen billig aufzukaufen und schließlich auch die neue Währung wieder völlig zu entwerten.

Nachdem der letzte westliche Vorschlag zu einer gesamtdeutschen Währungsreform am 11. Februar 1948 im Alliierten Kontrollrat abgelehnt worden war, traten zwölf Tage später in London Vertreter der Westmächte zu einer ersten Sonderkonferenz über die Schaffung eines westdeutschen Staates und einer neuen deutschen Währung zusammen. Die Sowjets antworteten auf die westlichen Bemühungen damit, daß sie ihre Zone systematisch abriegelten und schließlich mit allen Mitteln versuchten, die Westmächte aus Berlin zu verdrängen.

Nachdem die Russen am 1. April die vier Züge zurückgeschickt hatten, stellten die Westmächte den Verkehr von Militärzügen ein und bauten für ihre militärischen Transporte eine erste, kleine „Luftbrücke“. Eine Blockade gegen die Berliner Zivilbevölkerung hielten sie damals noch für unmöglich. Aber als am 20. Juni in den drei Westzonen die Währungsreform durchgeführt wurde, stoppten die Russen zunächst den ganzen Personenverkehr nach Berlin, um drei Tage später, als die Westmark auf Wunsch der sozialistischen Mehrheit auch in Berlin eingeführt werden sollte, auch noch den gesamten Güterverkehr zu Land und zu

Wasser zu unterbinden. In der folgenden Nacht wurde die Stromzufuhr in die Westsektoren unterbrochen, und am nächsten Morgen, des 24. Juni, wurden auch alle Lieferungen aus der Ostzone eingestellt: es kamen weder Brot noch Milch, weder Kohle noch Wasser mehr nach West-Berlin. Daß sich die etwa 30.000 westlichen Soldaten trotzdem weiter in Berlin halten konnten, verdankten sie zu einem großen Teil dem entschlossenen Abwehrwillen der Berliner Bevölkerung und ihrem sozialistischen Oberbürgermeister Ernst Reuter, der am 24. Juni vor 80.000 Menschen erklärte:

„Der Kampf um Berlin nähert sich seinem riesenhaften Höhepunkt. Er ist längst nicht mehr eine Angelegenheit, die nur uns angeht... Das Volk von Berlin hat seine Antwort klar und deutlich gegeben. Wir werden uns mit allen Mitteln, über die wir hier verfügen, bis zum äußersten gegen den Machtanspruch wenden, der uns zu Sklaven einer Partei machen will. Wir haben unter einer solchen Sklaverei im Reiche Adolf Hitlers gelebt. Wir haben genug davon.“

Der Abwehrwille des Genossen Ernst Reuter, der die Alliierten eigentlich erst zum Bleiben ermutigte, hätte allein freilich nicht ausgereicht, um West-Berlin gegen die russische Blockade zu halten; es bedurfte noch jener gewaltigsten Leistung, die die westliche Flugtechnik in Friedenszeiten vollbracht hat: der Berliner Luftbrücke.

Am 27. Juni telephonierte der amerikanische Militärgouverneur General Lucius D. Clay mit Außenminister Marshall in Washington und bat ihn um eine größere Anzahl von Transportflugzeugen. „Wir glauben“, so sagte er, „daß wir Berlin aus der Luft versorgen können. Dieser Versuch ist freilich vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet sehr unpraktisch. Aber politisch und menschlich steht so viel auf dem Spiel, daß es, unserer Meinung nach, getan werden muß... Werden Sie uns helfen?“

Eine Viertelstunde später traf in Berlin eine Radiobotschaft aus Washington ein, in der es hieß: „Wir haben die größten Transportflugzeuge in allen Teilen der Erde angewiesen, sich sofort zur Atlantikküste zu begeben. Sie werden die Maschinen und die Hilfe erhalten, die Sie brauchen. Gott schütze Berlin.“

Von Guam, von den Philippinen, aus Alaska, Hawaii und Texas kamen Transportgeschwader nach Frankfurt. Innerhalb weniger Tage waren 225 amerikanische C-54-Flugzeuge im Einsatz, dazu kamen 110 britische Maschinen sowie 46 Flugzeuge privater Gesellschaften. Jede C-54-„Skymaster“ transportierte zehn Tonnen; jede der zweimotorigen Douglas „C-47“ trug



Bundeshauptversammlung

Genossinnen und Genossen!

Wir berufen für Donnerstag, den 26. Mai 1960 (Christi-Himmelfahrts-Tag), die Hauptversammlung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus nach

Mauthausen

ein. Der Tagungsort selbst wird noch rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Tagungsordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl des Wahlkomitees
3. Berichte
 - a) des Obmannes
 - b) des Kassiers
 - c) des Redakteurs
 - d) der Kontrolle
4. Referat: „Schutz der Republik“
Referent Genosse Josef Afritsch
5. Referat: „Die Wiedergutmachung“
6. Wahl des Bundesvorstandes
7. Allfälliges

Sofern die Delegierten zur Hauptversammlung noch nicht gemeldet worden sind, ersuchen wir euch, diese Meldungen sofort nachzuholen.

Wir machen euch außerdem darauf aufmerksam, daß alle Delegierten so rechtzeitig die Fahrt antreten müssen, daß sie am 26. Mai 1960 vor 10 Uhr in Mauthausen eintreffen. Die Wiener Delegierten benützen den von Wien-Westbahnhof um 6.30 Uhr abgehenden D-Zug und werden dann von St. Valentin aus in Autobussen nach dem Lager gebracht. Das gleiche gilt für die in diesen Zug zusteigenden Delegierten aus den Bundesländern.

Für Genossen, die schon am Vortag in Mauthausen eintreffen, wird von uns Quartier vorbereitet, wenn wir bis längstens 9. Mai 1960 eine verbindliche Quartierbestellung bekommen.

Genossen, die mit Autos oder in Gruppen mittels Autobussen nach Mauthausen kommen, bitten wir, uns mitzuteilen, wer an einer solchen Gemeinschaftsfahrt teilnimmt und wann sie in Mauthausen eintreffen.

Für das Mittagessen in Mauthausen wird vorgesorgt, und wir bitten uns mitzuteilen, wer von den Delegierten an dem gemeinsamen Mittagessen teilnimmt.

Die Landesorganisationen bitten wir besonders, die genaue Ankunftszeit ihrer Delegierten in Mauthausen bis längstens 9. Mai 1960 bekanntzugeben.

Der Bundesvorstand

vier Tonnen. Das war eine Überlastung, die das für Privatflüge zugelassene Gewicht beträchtlich überstieg. Aber die Luftbrücke galt als Notstandsunternehmen und deshalb galten für sie besondere Ausnahmebestimmungen.

Der Flugplatz Tempelhof erwies sich für die großen Transportmaschinen als zu klein. In aller Eile wurden in Frankfurt Bulldozer, Bagger und Krane gesammelt, zerschnitten, per Flugzeug nach Berlin gebracht und dort wieder zusammengeschweißt. Mit diesen Baumaschinen wurden die Flugplätze Tempelhof und Gatow — letzterer liegt im britischen Sektor, unweit der sowjetischen Zonengrenze —

vergrößert. Ein dritter Flugplatz wurde unter der Leitung von Ernst Reuter von 20.000 Berlinern und amerikanischen Pionieren in Tag- und Nachtschichten bei Tegel im französischen Sektor der Stadt gebaut. Er konnte in der Rekordzeit von 92 Tagen fertiggestellt werden.

(Fortsetzung in der nächsten Nummer)

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Otto Fielhauer, Wilhelm Krell, Franz Kreuzer, Josef Sterk, Rudolf Trimmel.

Den Opfern aus der Förstergasse

Am 12. April 1960 jährte sich zum fünfzehnten Male der Tag (12. April 1945), an dem die letzten jüdischen Opfer in Wien — aus der Förstergasse im 2. Wiener



Gemeindebezirk — unter den Kugeln entmenschter SS-Schergen gefallen sind; wenige Stunden vor der endgültigen Befreiung.

Die Israelitische Kultusgemeinde Wien veranstaltete aus diesem Anlaß am 14. April 1960 um 19 Uhr

vor dem Hause Wien II, Förstergasse 7, eine Gedenkumgebung für die Opfer der Förstergasse.

Im Rahmen der Kundgebung wurde eine Gedenktafel enthüllt, welche die Israelitische Kultusgemeinde Wien den Opfern gewidmet hatte. Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus war durch eine starke Delegation bei der Kundgebung vertreten.

Achtung, Achtung — Gift!

In letzter Zeit war im Zusammenhang mit der Bekämpfung neonazistischer und faschistischer sowie auch rechtsradikaler Tendenzen mehrfach die Frage jener verschiedenen Presseerzeugnisse aufgegriffen, die über die österreichischen Grenzen aus der Deutschen Bundesrepublik zu uns einströmen.

Diese rechtsradikalen Zeitungen, die die Hitlerzeit verherrlichen und die einen antidemokratischen Charakter haben, sind sehr zahlreich.

In Österreich sind diese Presseerzeugnisse frei erhältlich, und es lohnt sich, die keineswegs vollständige Liste dieser Zeitungen wiederzugeben:

Die Anklage	Der Wilking-Ruf (SS)	Nationale Rundschau
Deutsche Gemeinschaft	Der Staatsbürger (Entnazifizierungsgeschädigte)	Erzieherbriefe
Ziel und Weg	Die Ehrenwache	Der stille Weg
Die Notgemeinschaft	Gemeinschaft und Politik	Der Ruf
Der Ring	Allzeit bereit	Reichsruf
Deutsche Arbeit	Deutsche Freiheit	Volkswarte
Deutsche Stimmen	Deutsche Ordnung	Der Kampftruf
Der Fortschritt	Deutscher Aufbruch	Der Pfeil
Der Quell	Fanal	Deutsche Soldatenzeitung
Der Freiwillige (SS)		Der Stahlhelm

Im Vergleich dazu ist die Produktion solcher Zeitschriften in Österreich sogar bescheiden. Sie heißen:

Der Trommler	Europaruf	Die Grenzmark
Die Wegwarte	Die Plattform	

Hoffentlich kennen auch die zuständigen österreichischen Behörden alle diese Druckwerke. Gegen Schmutz- und Schund-Lektüre wurde die Öffentlichkeit bereits mobilisiert, wann folgt die nächste Maßnahme

gegen den Giftstrom, der sich in Form derartiger Publikationen über unsere Grenzen ergießt?

Stellt die Wegwarte ihr Erscheinen ein?

Mit der Verhaftung des Herausgebers der „Wegwarte“, Hans Wagner, und eines ständigen Mitarbeiters, Hermann Munk aus Innsbruck, wegen eines in der „Wegwarte“ vom 2. April 1960 erschienenen Artikels „Europa, horch!“ wurde durch das Einschreiten der Sicherheitsbehörden wenigstens vorläufig ein ständiger Unruhe- und Hetzherd stillgelegt.

Die „Wegwarte“, zu deren Mitarbeitern außer den Genannten auch die in Haft befindlichen Konrad Windisch und Fred Borth zählten, führt eine permanente Hetze gegen die Juden und gegen die demokratischen Einrichtungen. In fast jeder Nummer versucht das Blatt auf irgendeine Weise die „Errungenschaften“ des Naziregimes zu verherrlichen. Zu den Mitarbeitern der „Wegwarte“ gehörten außer dem berüchtigten amerikanischen Antisemiten und Hitleranbeter J. J. App auch Autoren, die gleichzeitig in verschiedenen rechtsradikalen und neonazistischen Publikationen zu Worte kamen.

Der verhaftete Wagner ist Ausschußmitglied der „Österreichischen Sozialen Bewegung“, einer Filiale der faschistischen „Europäischen Sozialen Bewegung“, deren Sitz in Malmö ist; darüber hinaus gehörte er dem „Freundeskreis der nationalen Jugend Österreichs“ an, einer Gruppe, die die Patronanz über einige der von den österreichischen Sicherheitsbehörden wegen neonazistischer Umtriebe aufgelösten Jugendorganisationen hat.

Wird die „Wegwarte“ nun ihr weiteres Erscheinen infolge „Verhinderung“ ihrer inhaftierten Mitarbeiter einstellen, wenn schon unsere Gesetze keine Handhabe bieten, solchen Umtrieben wirksam entgegenzutreten?

Der Fall Razesberger

Wie lang es mitunter dauert, bis sich die Mühlen der Gerechtigkeit in Bewegung setzen, zeigt recht anschaulich dieses Musterbeispiel. Erst nachdem Razesberger im Prozeß gegen zwei deutsche Kriminalbeamte, die an der Ermordung von mehr als dreihundert Juden in der Ukraine beteiligt gewesen waren und die sich auf den Erschießungsbefehl ihres damaligen Vorgesetzten — das war der Herr Polizeirat — berufen hatten, von den deutschen Gerichtsbehörden in Passau als Zeuge einvernommen worden war, erließ am 10. März das Innenministerium eine Verlautbarung:

„Polizeirat Dr. Franz Razesberger, der in den letzten Tagen im Zusammenhang mit dem Berliner Schwurgerichtsprozeß wegen der im Jahre 1942 in Rußland begangenen Massenmorde wiederholt genannt worden ist, wurde vom Bundesministerium für Inneres mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert. Für diese Maßnahme war der Umstand entscheidend, daß Doktor Razesberger nach dem Innenministerium vorliegenden Informationen im Urteil des deutschen Gerichtes belastet wird. Das Bundesministerium für Inneres ist daher zu der Ansicht gelangt, daß ein begründeter Verdacht besteht, daß Dr. Razesberger seine Wiederanstellung im Jahre 1955 durch Verschweigen wichtiger Umstände erschlichen hat. Aus diesem Grunde wird gegen den Genannten gleichzeitig die Disziplinaranzeige erstattet. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit Dr. Razesbergers wird zur Zeit von der Staatsanwaltschaft Wien überprüft.“

Bei der Vernehmung in Passau verwies Razesberger darauf, daß in Österreich Vorerhebungen betreffend seine Tätigkeit bei der deutschen Polizei während der nationalsozialistischen Ära stattgefunden hatten, ohne daß ein Anlaß zur Einleitung einer Untersuchung gefunden worden war. Gerade bezüglich der wesentlichen Frage, ob er den Mordbefehl erteilt hatte, ergab sich bei seinem Zeugenverhör eine merkwürdige „Gedächtnislücke“...

Der Berliner Staatsanwalt Dr. Kramer bezeichnete es als „einen Witz, ein Ding der Unmöglichkeit, daß ein Mann wie Dr. Razesberger in Österreich als Polizeichef amtiert“. Es ist schon darüber viel geschrieben worden, mit welcher Promptheit Nationalsozialisten in Österreich „entregistriert“, freigesprochen, begnadigt und — mit Nachzahlungen für die Zeit der Außerdienststellung — wiederingestellt wurden, wogegen die Naziopfer heute noch auf ihre Wiedergutmachung warten.

Ein „Oberländer“ trat zurück

Tief in den Bergen des Berner Oberlandes liegt ein kleines Dorf mit 1200 Einwohnern. Es verdient seinen Lebensunterhalt durch Milchwirtschaft, Viehzucht und Fremde, die sowohl im Sommer als auch im Winter sich hier ein Stelldichein geben. Dieses Dorf hat natürlich auch einen Gemeinderat.

Seit etlichen Jahren arbeitet in diesem Gemeinderat ein Mann, der seinen übernommenen Verpflichtungen in Beruf und Amt eifrig nachkommt und von dem man bisher eigentlich nichts Nachteiliges vernahm. Bis zum Sommer, wo ein Kurgast sich in einem der kleinen Hotels niederließ. Wie alle Schweizer spielte dieser gerne „Jass“, das Schweizer Nationalkartenspiel, und so traf er auch einmal mit dem erwähnten Gemeinderatsmitglied am runden Tisch einer Wirtschaft zusammen. Wie das in einer Männerrunde so ist, man kam auf den Krieg zu sprechen, und der Kurgast erkannte in dem Gemeinderat einen Kameraden seiner Einheit aus der Zeit der Grenzbesetzung... Danach verfinsterte sich seine Miene, und er zog sich bald auf sein Zimmer zurück...

Sei es nun, daß dieser Kurgast wirklich böse war, sei es, daß er seine Zunge nur nicht im Zaume halten konnte... plötzlich durchlief — wie das in Dörfern so ist — den Ort zuerst ein Wispern, dann ein Gerücht, wonach das betreffende Gemeinderatsmitglied im Jahre 1943 als Grenzbesetzungssoldat der Schweizer Armee an der Grenze in der Nähe Genfs einem kleinen Trupp holländischer jüdischer Flüchtlinge den Übertritt in die Freiheit der Schweiz in wenig menschlicher Form verwehrt und die Unglücklichen direkt in die Gewehre der auf der anderen Seite wartenden SS getrieben haben soll. Das Gerücht sprang von Haus zu Haus, von Hütte zu Hütte, von Alm zu Alm. Zunächst machte man, so gut man es konnte, einen Bogen um den Mann aus dem Gemeinderat; der Gemeinderatspräsident unterhielt sich mit den anderen Mitgliedern des Rates über den Fall. Aber es war nach 17 Jahren schwer, in die Angelegenheit Licht zu bekommen...

Jetzt aber hat sie ihre zufriedenstellende Erledigung gefunden. Vor einigen Tagen legte der Angeschuldigte vor dem versammelten Gemeinderat sein Mandat nieder. Die Lokalpresse berichtete in einer kleinen Notiz über die Sitzung und veröffentlichte die Worte des Gemeinderatspräsidenten, mit denen er den Rücktritt des Oberländer Gemeinderatsmitgliedes bekanntgab: „...Der Präsident verdankte R. seine Tätigkeit während mehrerer Jahre und anerkannte die Beweggründe, die ihn zu seiner Demission veranlaßten. Wenn gewisse Anschuldigungen auch nicht mehr genau nachzuprüfen seien, so wären sie eben doch so schwer, daß sie die Ehre eines senkrechten Schweizers in starkem Maße beeinflussen müßten und man Verständnis für die ehrenvolle Haltung des Ausscheidenden aufbringen muß...“

Warum wir über dieses Geschehnis so ausführlich schreiben? Dieser Berner Oberländer ist ein kleiner Handwerker in einem entlegenen Dorf der Schweiz.

*

Auch der Minister Oberländer zurückgetreten

Wie soeben bekannt wird, hat sich der westdeutsche Flüchtlingsminister Oberländer nun endlich entschlossen, zu demissionieren. Er hat einen Tag vor Beginn des christlich-demokratischen Parteitag in Karlsruhe dem Bundeskanzler Dr. Adenauer sein Rücktrittsgesuch überreicht.

Krupp kann sich nicht mehr erinnern...

Ende Februar teilten die Friedrich-Krupp-Werke in Essen mit, daß „... wir in Auschwitz keine Betriebsstätte unterhalten haben, so daß keine Häftlinge des Lagers Auschwitz dort für uns gearbeitet haben können. Ehemalige Häftlinge, die Gegenteil behaupten, sind nicht zutreffend unterrichtet“.

Der Generalsekretär des Internationalen Auschwitz-Komitees legte daraufhin der Rechtsabteilung der Krupp-Werke Dokumente vor, die eindeutig beweisen, daß Krupp bis Oktober 1943 Häftlinge dieses Konzentrationslagers in seiner im Lagerbereich Auschwitz gelegenen Zünderfertigungsstelle beschäftigt und für

diese an die SS-Standortverwaltung der Kommandantur Auschwitz auch gezahlt hat. Mehr noch, Krupp hat veranlaßt, daß jüdische Zwangsarbeiter aus Berlin in das Konzentrationslager Auschwitz transportiert wurden, damit sie dort in seinem Werk zur Arbeit eingesetzt werden. Die Unglücklichen wurden bei ihrer Ankunft einer Selektion unterzogen, wobei die Arbeitsunfähigen sofort in den Gaskammern ermordet wurden. Die anderen mußten unter den unbeschreiblichen Bedingungen von Auschwitz arbeiten. Alle diese Dokumente sind auch beim Nürnberger Prozeß gegen Krupp vorgelegen.

Mit großem Nachdruck wurde wieder darauf hingewiesen, daß alle ehemaligen Häftlinge von Auschwitz, die nachweisen können, daß sie dort für Krupp arbeiten mußten, in gleicher Weise entschädigungsberechtigt sein müssen. Ausgenommen könnten lediglich solche ehemaligen Häftlinge sein, welche aus kriminellen Gründen nach Auschwitz kamen beziehungsweise welche sich in Auschwitz selbst krimineller Verbrechen schuldig gemacht haben*).

Ansprüche für Entschädigung sind bis zum 31. Dezember 1960 bei der Compensation Treuhand GmbH Frankfurt am Main, Staudenstraße 29 A, anzumelden.

*) Vgl. „Der sozialistische Kämpfer“, Heft 1/3, Jänner-März 1960, Seite 10.

WIR BITTEN um Nachricht



Wilhelm Sanetty gesucht

Frau Maria Sanetty sucht ihren Mann Wilhelm Sanetty, geboren 27. April 1916 in Graz. Er kam im Dezember 1944 ins KZ nach Buchenwald, war auf Block 17 im Steinbruch und hatte die Nummer 3566.

Genossen, die sich an Sanetty erinnern und vielleicht auch über sein Schicksal etwas wissen, bitten wir, uns zu benachrichtigen.

*

Wer kennt Karl Schulz, Anton Streitwieser?

Der Untersuchungsrichter bei dem Landgericht Köln führt gegenwärtig die Voruntersuchung wegen Mordes gegen **Karl Schulz**, geboren am 9. September 1902 in Eberswalde, seinerzeit SS-Obersturmführer und ehemaliger Leiter der politischen Abteilung des KZ Mauthausen in Oberösterreich, und **Anton Streitwieser**, geboren am 3. Juli 1916 in Surheim bei Laufen, seinerzeit Obersturmführer der Waffen-SS, ehemaliger Kommandoführer für den Aufbau des Nebenlagers des KZ Mauthausen, Gusen I, dann Arrestverwalter im KZ Mauthausen, danach Kommandoführer des Nebenlagers Melk, später Lagerführer des Arbeitskommandos bei den Heinkel-Flugzeugwerken im Arbeitslager Wien-Schwechat, Wien-Floridsdorf und Wien-Hinterbrühl, Schutzhaftlagerführer in Mauthausen.

Beiden Beschuldigten werden von ehemaligen Häftlingen schwere Mißhandlungen und mehrere Tötungshandlungen an Häftlingen zur Last gelegt. Beide Beschuldigten bestreiten die ihnen vorgeworfenen Taten.

Alle unsere Mitglieder und Freunde als ehemalige Häftlinge des KZ Mauthausen werden gebeten, sich zu äußern, soweit Tatsachen bekannt sind, die zur Überführung der Täter beitragen können. Auch Hinweise auf mögliche Zeugen sind wertvoll.

*

Wer kennt Artur Gosberg?

Wir bitten nochmals um Mitteilungen, die den ehemaligen Oberwachtmeister bei den Justizvollzugs-

anstellen Artur Gosberg in Wuppertal-Bayenburg be-
treffen.

Gosberg wurde am 3. Jänner 1940 als Hilfsaufseher
beim Zuchthaus in Remscheid-Lüttringhausen einge-
stellt. Am 1. Oktober 1940 wurde er zur Waffen-SS ein-
gezogen und seit dieser Zeit bei Konzentrationslagern
verwendet. Bis zum Kriegsende war er in folgenden
Lagern tätig:

Konzentrationslager Mauthausen als Wachtmann
und Blockführer von 1940 bis 1942.

Kriegsgefangenen- und Konzentrationslager Lublin
von 1942 bis Anfang 1944 als Blockführer, Arbeits-
dienst-, Rapport- und Feldführer.

Konzentrationslager Blyzin als stellvertretender
Lagerkommandant von April 1944 bis Juni 1944.

Arbeitslager Warschau als Lagerführer von Juni
1944 bis 6. November 1944.

Konzentrationslager Buchenwald vom November
1944 bis Kriegsende als Bewacher und Betreuer von
Angehörigen der am Aufstand des 20. Juli 1944
Beteiligten.

Gosberg wurde am 4. Mai 1949 durch das polnische
Kreisgericht in Radom zu 15 Jahren Gefängnis ver-
urteilt, weil er schwere Verbrechen gegen die Mensch-
lichkeit, insbesondere gegen jüdische Gefangene, be-
gangen hat. Am 30. Juni 1956 kehrte Gosberg nach teil-
weiser Verbüßung der Gefängnisstrafe nach Deutsch-
land zurück. Er bestreitet heute, sich der Mißhandlung,
die man ihm anlastet, schuldig gemacht zu haben.



Wiedergutmachung durch die Bundesrepublik Westdeutschland

Nach dem deutschen Bundesgesetz zur Änderung
und Ergänzung des Gesetzes zur Wiedergutmachung
nationalsozialistischen Unrechts in der Kriegsoffer-
versorgung für Berechtigte im Ausland vom 25. Juni
1958 (Bundesgesetzblatt 1958, Teil I, Seite 414) erhalten
eine Wiedergutmachung diejenigen Personen, die im
Sinne des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer
der nationalsozialistischen Verfolgung verfolgt, da-
durch in ihrer Versorgung nach dem Bundesversor-
gungsgesetz geschädigt worden sind und ihren Wohn-
sitz oder dauernden Aufenthalt im Ausland haben.

Auch den im Ausland lebenden Hinterbliebenen
Geschädigter, die nicht selbst Geschädigte sind, steht
eine Wiedergutmachung zu, sofern die erforderlichen
Anspruchsvoraussetzungen vorliegen.

ARBEITERBANK AKTIENGESellschaft WIEN

Wien I, Seitzergasse 2-4

Telephon: 63 17 51

Zweigstelle Wienzeile: Wien IV, Rechte Wienzeile 37
Telephon 43 71 02

Filialen:

Graz: Annenstraße 24, Telephon 715 65, 715 06

Innsbruck: Südtiroler Platz 14 - 16, Telephon 36 73

Klagenfurt: Bahnhofstraße 44, Telephon 48 22

Linzer: Christian-Coulin-Straße 32, Telephon 27 8 78

Durchführung aller Bankgeschäfte, Entgegen-
nahme von Spareinlagen, Finanzielle Beratung

Man schreibt uns!

Wir antworten!

Warum Eiserner Kreuze?

An manchen Gasthäusern in Wien und der Provinz
sieht man Tafeln mit der Aufschrift „Sitz der Tapfer-
keitsmedaillenbesitzer“.

Nationalrat Aigner sagte in der Debatte über das
Kapitel Landesverteidigung, er begrüße die Verleihung
der Zulagen an die Tapferkeitsmedaillenbesitzer, weil
viele Rentner und Pensionisten in den Genuß dieser
Zulagen kommen. Ich mißgönne den Tapferkeits-
medaillenbesitzern keineswegs diese Zulagen, auch sind
die Beträge sehr gering. Aber ich finde es nicht in
Ordnung und unseren Parteigrundsätzen entsprechend,
wenn unsere Partei bemüht ist, dem Weltkrieg ein
vaterländisch-moralisches Mäntelchen umzuhängen.

In der gleichen Sitzung stellte der ÖVP-Präsident
Dr. Gorbach den Antrag, man möge die Ritter- und
sonstigen Eisernen Kreuze (mit dem Hakenkreuz) an-
erkennen und das Tragen in der Öffentlichkeit erlau-
ben. Es ist fast nicht zu glauben, daß ein Demokrat im
Parlament einen derartigen Antrag stellt und damit die
moralische Anerkennung der Kriegshandlungen ver-
langt, die im Nürnberger Prozeß als das größte Ver-
brechen der Weltgeschichte qualifiziert wurden.

W. B., Wien

*

15 Jahre nach der Befreiung Mauthausens: Naziorden — ohne Hakenkreuz

Durch einen Parlamentsbeschluß über das Verbot
des Tragens von Abzeichen aufgelöster Organisationen,
das am 5. April 1960 vom Parlament einstimmig ge-
billigt wurde, ist es ermöglicht worden, die „Im Namen
des Führers“ verliehenen Auszeichnungen in Öster-
reich öffentlich zu tragen, vorausgesetzt, daß vom
Orden das Hakenkreuz entfernt wird. Interessant ist,
daß es im Parlament bei diesem Beschluß keine Dis-
kussion und keine Wortmeldungen gab und daß das
Wort „Hakenkreuz“ im Text der Gesetzesvorlage nicht
vorkommt.

Schon seit langem gab es in der Öffentlichkeit
heftige Diskussionen, in denen österreichische Patrioten,
Verfolgte des Naziregimes, Widerstandskämpfer sowie
andere Mitbürger zu Wort kamen und das Tragen be-
ziehungsweise Zurschaustellen nazistischer Auszeich-
nungen, mit oder ohne Hakenkreuz, als Provokation
ablehnten. Nur ein Beispiel: Das neue Gesetz ermöglicht
also auch das Tragen der Ostmark-Medaille, wenn das
Hakenkreuz daraus entfernt wird, also in aufrechter
Form. Nun war aber gerade diese Auszeichnung für
Verdienste um die Niederschlagung der österreichischen
Souveränität, das heißt, praktisch gesprochen, für Bei-
hilfe zum Verrat des Vaterlandes, verliehen worden.

Aus verschiedenen Anlässen, nicht nur für reine
Kampfmaßnahmen, wurden Hitlerorden verteilt; es
gab auch Orden für die Knechtung der Zivilbevölke-
rung, für Partisanenbekämpfung und oft für Unter-
drückung der von SS gehezten und mit dem Tode
bedrohten Zivilpersonen in den von den Nazi besetzten
Gebieten. Nicht immer war es — und das darf doch
heute, 15 Jahre später, wohl als bestens bekannt vor-
ausgesetzt werden — durch „Kampfhandlungen“ be-
dingt, wenn ganze Familien aus ihren Verstecken in den
Erdlöchern der Wälder, aus Kellern und Wohnungen
herausgeholt und niedergeschossen wurden.

Man scheint vergessen zu haben, daß Hitler es war,
in dessen Namen die Auszeichnungen verliehen wurden.
Kann man wirklich ernsthaft behaupten, die Öster-
reicher seien wider Willen in die Hitlerwehrmacht ge-

preßt worden, und andererseits im gleichen Augenblick das Tragen von Auszeichnungen erlauben, die vom „Führer“ und obersten Kriegsherrn just der gleichen Wehrmacht verliehen wurden?

Das Tragen dieser Hitlerauszeichnungen wird von vielen aufrechten Österreichern sicher auch dann als Zumutung empfunden werden, wenn das Hakenkreuz (zwar jetzt auf gesetzlicher Grundlage) schamhafterweise daraus entfernt worden ist.

Die Massengräber, Krematorien und Gaskammern der Konzentrationslager, die sich speziell auf österreichischem Boden befinden, enthüllen das wahre Gesicht des Nationalsozialismus, das aus jedem Naziorden auch dann herausgrinst, wenn sein Träger das Hakenkreuz daraus fein säuberlich hinweggezaubert hat.

K. W., Wien

*

Wir müssen leider davon absehen, noch weitere Briefe zur Frage der retuschierten Hitlerorden zu veröffentlichen und bitten unsere Einsender um Verständnis. Besonders unseren Genossen aus Wien, die uns noch Briefe geschrieben haben, sowie dem Genossen L. B., Aschbach (NÖ), danken wir für ihre Mitarbeit.

Aus dem Wiener Landesverband Die Bezirke berichten:

Innere Stadt

Genosse Fischer — wir gratulieren. Am 24. April 1960 feiert unser Genosse Heinrich Fischer seinen 80. Geburtstag. Anlaß genug, um dem altbewährten Genossen, Streiter und Mitkämpfer für die Idee des Sozialismus aus ganzem Herzen zu seinem Festtag zu gratulieren. Genosse Fischer, der schon seit 1898 der Partei angehört und ihr all die vielen Jahre die Treue gehalten hat — schon 1898 ist er wegen seiner politischen Gesinnung verhaftet und zu einer Geldstrafe verurteilt worden —, ist bis zum Beginn dieses Jahres im Fürsorgewesen tätig gewesen, dem er schon seit dem Jahre 1910 seine ganze Arbeit gewidmet hat.

Die Jahre 1934 bis 1938 sehen den Genossen Fischer in den Reihen der RS, wo er seine politische Tätigkeit illegal fortsetzt, bis er 1938 in die Emigration gehen muß, und erst im Jahre 1946 in seine Heimat zurückkehren kann.

Genosse Fischer, der in vielen Funktionen seine Arbeit für die Bewegung und seine Mitmenschen widmet, als Sektionsleiter, Fürsorgerrat, Opferfürsorgereferent und nicht zuletzt auch als Obmann unserer Bezirksgruppe, war immer hilfsreich zur Stelle, wenn es galt, für die Interessen der Opfer und der Verfolgten einzutreten. Und so wünschen wir ihm an seinem Ehrentage erst recht alles Beste.

Der Bundesvorstand hat aus Anlaß des 80. Geburtstages ebenfalls ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschschreiben an Genossen Fischer gesandt. Und diesen Wünschen schließt sich auch „Der Kämpfer“ an.

Neubau

Jahresversammlung. Die Jahresversammlung der Bezirksgruppe Neubau fand am 9. März 1960 statt. Genosse Jeindl eröffnete die gutbesuchte Versammlung und begrüßte die Mitglieder sowie den als Referenten erschienenen Genossen Hein. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung gedachte Genosse Jeindl der in der abgelaufenen Funktionsperiode verstorbenen Genossen sowie aller jener Opfer, die in den Jahren des Faschismus für die Freiheit zugrunde gingen. Genosse Mahr erstattete den Kassabericht, der von den Anwesenden zur Kenntnis genommen wurde.

Genosse Hein überbrachte die Grüße des Bundesvorstandes. Er kam in seinem Referat auch auf die Naziumtriebe der letzten Zeit zu sprechen und sagte, daß der Ungeist des Faschismus noch lange nicht ausgestorben sei. Er wurde zwar zerschlagen, lebt jedoch wieder auf, und deshalb müssen wir stets wachsam sein. Unsere Parole ist noch immer „Niemals vergessen“. Genosse Hein sprach sodann über die Wiedergutmachung und sagte, es seien noch immer Lücken in dem Gesetz. Er kam dann auch auf die 12. Novelle zu sprechen. Zum Schluß seiner Ausführungen gedachte Genosse Hein unseres Genossen Friedrich Adler, welcher vor kurzem verstorben ist.

Zum Punkt „Neuwahlen“ sprach dann Genosse Kölbl. Er stellte den Antrag, die Versammlung möge dem scheidenden Ausschuß weiterhin das Vertrauen schenken. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Genosse Jeindl gab bekannt, daß unsere Genossin Groß gebeten hat, wegen Übersiedlung von ihrer Wiederwahl abzusehen.

Der Ausschuß setzt sich wie folgt zusammen:

1. Obmann: Genosse Wilhelm Jeindl;
2. Obmann: Genossin Betty Strnadl;
- Kassier: Genosse Josef Mahr;
- Schriftführer: Genosse Erwin Sommer.

Alsergrund

Jahresversammlung. Unsere diesjährige Jahresversammlung fand unter dem Vorsitz unseres 2. Obmannes, Genossen Platz, im Parteiheim der SPÖ, IX, Marktgasse 2, statt. Um 19.15 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Jahresversammlung und hielt dem verstorbenen 1. Obmann, Genossen Kubiczek,

einen tiefempfundenen Nachruf. Genosse Platz erwähnte, daß Genosse Kubiczek seit vielen Jahren die Angelegenheiten der Freiheitskämpfer in jeder Weise vertreten hat und Hervorragendes für uns alle geleistet hat. Sein Andenken wird von unserer Bezirksgruppe, darüber hinaus aber von allen Freunden und Genossen in Ehren gehalten werden. (Die Anwesenden hatten sich zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen erhoben.)

Genosse Platz berichtete, daß über die 12. Novelle Verhandlungen im Gange sind und daß die Hoffnung besteht, endlich zu einem befriedigenden Abschluß zu kommen.

Er berichtete ferner, daß der Bund der Freiheitskämpfer vielen unserer Genossen geholfen hat, daß aber leider nicht allen geholfen werden konnte und hier nun endlich die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Genosse Platz gab weiter bekannt, daß sich die Ortsgruppe an sämtlichen Kundgebungen beteiligt hat.

Genosse Mörzinger erstattete den Kassenbericht, und Genosse Stippl berichtete für die Kontrolle. Von der Versammlung wurde dem scheidenden Ausschuß der Dank und die Anerkennung ausgesprochen.

In das Wahlkomitee wurden die Genossen Katzianer, Swoboda und Beyer gewählt. Nun erstattete Genossin Jochmann ihr Referat über die Tätigkeit der Freiheitskämpfer. Genossin Jochmann erwähnte, daß die Mitglieder des Bundes immer weniger werden, was uns ja selbstverständlich ist, weil wir ja keine neuen Beitritte erwarten können. Wir könnten aber vielleicht doch noch einige hundert Genossen erfassen, die in Wirklichkeit zu uns gehören. Genossin Jochmann sprach auch über unseren verstorbenen 1. Obmann, Genossen Kubiczek, der erfüllt und begeistert war von der Sache der Freiheitskämpfer und zur Besserstellung ihres Lebens vieles beigetragen hat.

Doch leben wir heute in einer anderen Zeit, mit anderen Wünschen und Aufgaben. Genossin Jochmann dankte dem verstorbenen Obmann, Genossen Kubiczek, für seine hervorragende Arbeit und gedachte auch des kürzlich verstorbenen Genossen Dr. Fritz Adler in herzlichen Worten.

Rückblickend erwähnte Genossin Jochmann, daß wir alle noch von den Ereignissen des 24. Dezember 1959 in schmerzlicher Weise betroffen sind. Unsere Feinde haben sich wiedergefunden und gesammelt; es hat uns allerdings nicht überrascht. Genossin Jochmann gedachte der vielen Opfer der Sozialistischen Partei und erinnerte an die Versammlungen und Schriften von Genossen Otto Bauer. Seine Ausführungen waren prophetisch. Alle von uns haben das Dritte Reich mit allen Scheußlichkeiten erlebt. Heute ruft man nach der Todesstrafe; damals aber wurden sechs Millionen Menschen gemordet und niemand hat sich gerührt. Die Zeit war so grauenhaft, daß es die, die sie nicht mitgemacht haben, ganz einfach nicht verstehen.

Die Frage der Wiedergutmachung ist vorläufig noch immer ungelöst, doch ist Genossin Jochmann überzeugt, daß eine gerechte Lösung durchgesetzt wird. Die Nazi haben viele,

Ihre rechte Hand



in allen 

Geldangelegenheiten

ZENTRALSPARKASSE
DER GEMEINDE WIEN
35 Zweiganstalten

viele Millionen bekommen — wir nichts, und ein großer Teil der Opfer auch keine Haftentschädigung.

Im Achterausschuß, dem Genosse Dr. Broda und Genosse Mark angehören, wurde mit den Genossen Pittermann, Olah und Uhler sowie mit Sozialminister Proksch gesprochen. Genossin Jochmann glaubt, daß das Wiedergutmachungsgesetz ins Parlament kommt. Das Problem der 12. Novelle bleibt, in ihr wirklich alles einzubauen, was uns bewegt.

Der Vorsitzende Genosse Platz dankte Genossin Jochmann herzlichst für ihr hervorragendes Referat.

Nun schlug Genosse Katzianer als Obmann des Wahlkomitees folgende Genossinnen und Genossen für den neuen Ausschuß vor:

1. Obmann: Genosse Hans Mörzinger;
2. Obmann: Genosse Johann Platz;
1. Kassier: Genosse Fritz Stippl;
2. Kassier: Genossin Josefine Beyer;
- Schriftführer: Genosse Franz Salz;
- Katasterführer: Genosse Franz Lawetzky;
- Kontrolle: Die Genossen Ludwig Dinstl und Leopold Brännler;

Beisitzer: Genosse Max Altmann.

Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossinnen Josefine Beyer und Adele Mörzinger sowie die Genossen Hans Mörzinger, Johann Platz, Heinrich Salz, Friedrich Stippl, Ludwig Dinstl, Leopold Brännler, Max Altmann und Franz Lawetzky.

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossen Hans Mörzinger, Johann Platz, Heinrich Salz, Friedrich Stippl und Ludwig Dinstl.

Genosse Hans Mörzinger wurde als Obmann einstimmig gewählt. Er dankte herzlich für seine Wahl und versprach, sich so wie bisher in jeder Weise für die Sache der Freiheitskämpfer einzusetzen. Genosse Mörzinger appellierte auch an den Genossen Mark und die Genossin Jochmann, sich für die Novellierung des Gesetzes einzusetzen.

Genosse Mörzinger ließ nun über die Wahl der anderen Ausschußmitglieder abstimmen. Die Wahl ergab die einstimmige Annahme der Liste der Ausschußmitglieder. Um 21 Uhr wurde die Jahresversammlung geschlossen.

Hernals

Jahresversammlung. Die diesjährige Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe fand am 11. März 1960 statt. Vor Eingang in die Tagesordnung wurde der in der Berichtsperiode von uns gegangenen Genossinnen und Genossen: Hans Jiricek, Leopold Ranftl, Matthias Kovacic, Stefan Bergauer, Ferdinand Hahn, Anna Hochmuth und Adolf Mikes gedacht. Die Berichte des Obmannes, Kassiers und der Kontrolle wurden einstimmig zur Kenntnis genommen.

Das ausgezeichnete Referat der Genossin Rudolfine Muhr wurde mit starkem Beifall und Zustimmung aufgenommen. Genosse Blau machte auf einige Verbesserungen des OFG und die Möglichkeit aufmerksam, einmalige Unterstützungen zu bekommen.

Bei den Neuwahlen wurden einstimmig die bisherigen Mitglieder des Ausschusses und die Delegierten wie folgt wiedergewählt:

1. Obmann: Genosse Robert Blau;
2. Obmann: Genosse Karl Brosch;
- Kassier: Genossin Hermine Kinder;
- Schriftführer: Genossin Johanna Resler;
- Beisitzer: die Genossen Friedrich Bock und Karl Panek;
- Kontrolle: die Genossen Hugo Kohn und Willibald Kal.
- Delegierte zur Landeshauptversammlung: die Genossinnen Hermine Kinder und Johanna Resler sowie die Genossen Karl Brosch, Willibald Kal und Karl Panek;
- Ersatz: die Genossen Fritz Bock und Hugo Kohn.
- Delegierte zur Bundeshauptversammlung: die Genossin Hermine Kinder und die Genossen Karl Brosch und Karl Panek;
- Ersatz: die Genossin Johanna Resler und die Genossen Fritz Bock, Hugo Kohn und Willibald Kal.

Zum Abschluß der Versammlung wurde der erschütternde polnische Film „Der Kanal“ vorgeführt, der den vergeblichen Freiheitskampf der polnischen Jugend gegen die Nazibarbaren zeigt, vergeblich vor allem, weil der Aufstand in Warschau von den Russen im Stich gelassen worden war.

Mit dem Gelöbnis, im Ringen für die Interessen der Kämpfer, der Opfer und deren Hinterbliebenen nie zu erlahmen, stets wachsam zu sein in der Bekämpfung jedes Wiederauflebens von Faschismus und Tyrannei, in welcher Form immer, und aller unserer Toten und Märtyrer niemals zu vergessen, schloß der Obmann die würdige Versammlung.

Döbling

Februargedenkfeier. Die Bezirksorganisation Döbling veranstaltete zusammen mit unserer Ortsgruppe und der Bildungsorganisation die Februarfeier im Olympiokino am 7. Februar 1960, verbunden mit einer Vorführung des satirischen Films „Jakobowsky und der Oberst“. Bezirksobmann Genosse Karl Mark betonte in seiner Eröffnungsansprache, daß die Feier besonders für unseren Bezirk von Bedeutung sei. Darum habe Genosse Oskar Passauer, den er als ehe-

maligen Bezirksführer des Döblinger Schutzbundes vorstellte, das Referat übernommen. Nach einer Trauerminute für die Gefallenen der Februartage, besonders für die Genossen Klose, Swoboda und Rebec, führte der von sechs Fahnen-trägern der SJ flankierte Redner aus: „Man mahnt uns, Vergangenes vergangen sein zu lassen. Aber wir müssen bei unserer Parole »Niemals vergessen!« bleiben, denn ein Blick auf die Geschehnisse der heutigen Zeit lehrt uns, daß Kräfte am Werk sind, denen einvernehmliche friedliche Arbeit für alle nicht behagt.“

Der Redner schilderte sodann die bedrängte Lage des kleinen Österreich nach 1918, die Schaffung reaktionärer Kampfverbände, besonders der sogenannten Heimwehr, die vom faschistischen Italien unterstützt wurde, andererseits die sozialistische Abwehrorganisation, den Republikanischen Schutzbund. Österreich war beunruhigt durch Putschversuche aller Art und durch eine halbfaschistische Regierung. Dazu kamen noch die Attentate nationalsozialistischer Parteigänger, Morde, Sprengstoffanschläge, Sabotagen, geleitet von der reichsdeutschen NSDAP. Sie hatten mit kleinen Versammlungen angefangen, Wände mit ihren Unsinnssprüchlein beschmiert, dann kam die Steigerung der Zerstörungen durch Sprengkörper, die Ermordung des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß, schließlich der Truppeneinmarsch und die gewaltsame Eingliederung Österreichs ins Deutsche Reich.

Die Geschichte unseres Landes lehrt uns, Augen und Ohren offen zu halten, jeder Regung der Weltbrandstifter entgegenzutreten. Der beste Schutz gegen jeden Versuch, eine Diktatur aufzurichten, ist eine unablässige Werbetätigkeit für unsere Partei und unser Bestreben, sie kampffähig zu erhalten.

Unter großem Beifall schloß Genosse Passauer seine Rede. Die darauffolgende Filmvorführung „Jakobowsky und der Oberst“ wurde von den Genossinnen und Genossen, unter ihnen auch vielen jüngeren, verständnisvoll mit Beifall aufgenommen.

*

Jahresversammlung. Die Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe fand am 23. Februar 1960 statt. Sie hatte folgende Tagesordnung:

1. Protokoll der Jahresversammlung vom 18. Februar 1959;
2. Wahl eines Wahlkomitees;
3. Berichte;
4. Neuwahl des Ausschusses;
5. Referat des Genossen Karl Mark.

Genosse Haas eröffnete die Versammlung und beantragte unter Zustimmung der Anwesenden, dem Genossen Sebek, der sich im Altersheim Lainz befindet, die Grüße und Wünsche der Jahresversammlung zu übermitteln. Er hielt ferner einen Nachruf für die verstorbenen Genossen Josef Wiedermann und Otto Bergauer, wobei Genosse Haas die besonderen Verdienste des Genossen Wiedermann würdigte.

Dann übernahm Genossin Zaunstock den Vorsitz. Nach Verlesung des Protokolls der vorjährigen Jahresversammlung durch den Schriftführer wurde zu Punkt 2 der Tagesordnung das Wahlkomitee gewählt. Auf Vorschlag des Obmannes wurden die Genossen Durstmüller, König und Belohaubeck in das Wahlkomitee gewählt.

Sodann erteilte Genossin Zaunstock zu Punkt 3 der Tagesordnung dem Genossen Haas das Wort. Er berichtete, daß infolge von Todesfällen und Überweisungen trotz neuer drei Zuweisungen der Mitgliederstand etwas gesunken ist. Das Inkasso wird von 11 Sektionsvertretern besorgt. Das Opferführungsreferat hatte 23 Sprechabende zu verzeichnen, an denen hauptsächlich der Obmann 51 Genossinnen und Genossen Rat und Hilfe angedeihen ließ.

Unser Verhältnis zum Bezirksvorstand ist gut, und die Genossen kommen uns in jeder Weise entgegen. Die Geschäfte wurden in vier Ausschußsitzungen erledigt. Wir konnten mit Befriedigung feststellen, daß ein großer Teil unserer Mitglieder bei den Wahlen im Frühjahr und Herbst tätig war. Eine Gedenkfeier für die Februarpflicht wurde gemeinsam mit der Bezirksorganisation und dem Bildungsausschuß veranstaltet, bei der Genosse Wiedermann die Gedenkrede hielt.

Die Gedenktafeln an den nach unseren Februaropfern benannten Gemeindebauten wurden bekranzt, die Gräber unserer gefallenen Genossen Klose, Rebec, Schuster und Swoboda von Delegierten der Ortsgruppe besucht.

Eine Anzahl unserer Mitglieder wohnte auch einer Gedenkkundgebung vor dem Hause, II, Förstergasse 7, bei. Hier wurden am 12. April 1945 knapp vor der Befreiung neun jüdische Mitbürger, Frauen, Männer, Greise und Jugendliche, von den Nazibestien aus dem Luftschutzbunker herausgetrieben und feige ermordet. Wenige Stunden vor der ersehnten Freiheit sinnlos niedergemetzelt.

Zur Lösung der Opferfürsorge und Wiedergutmachung wurde der Achterausschuß im Parlament wieder aktiviert und die Forderungen der politisch Verfolgten wieder dem Finanzminister vorgelegt. Die Verhandlungen über die 12. Novelle des Opferfürsorgegesetzes dürften demnächst wieder beginnen. Wie man hört, sollen die Alliierten einen Druck auf unsere Regierung ausüben, damit die politisch-rassistisch Verfolgten endlich zu ihrem Recht kommen. Wie weit die Verhandlungen mit dem Finanzminister gediehen sind, wird uns Genosse Mark in seinem Referat sagen können.

WIR BITTEN jene Mitglieder, die ihren Beitrag für das Jahr 1959 noch nicht zur Gänze bezahlt haben sollten, den restlichen Betrag während der Sprechstunden in ihrer Bezirksgruppe zu erlegen

Genosse Nemschitz gab sodann den Kassenbericht. Für die Kontrolle erklärte Genosse Metzl, daß die Gebarung überprüft und in bester Ordnung befunden wurde; er stellte den Antrag auf Entlastung des Ausschusses. Der Wahlvorschlag des Wahlkomitees wurde einstimmig angenommen, ebenso wurden die Delegierten für die Landes- und Bundeshauptversammlungen einstimmig gewählt.

1. Obmann: Genosse Johann Haas;
2. Obmann: Genossin Marie Zaunstöck;
1. Kassier: Genosse Ernst Nemschitz;
2. Kassier: Genosse Friedrich Kubinsky;
1. Schriftführer: Genosse Oskar Passauer;
2. Schriftführer: Genosse Franz Belohlawek;
- Opferfürsorgereferat: Die Genossen Johann Haas und Georg Metzl;

Kontrolle: Die Genossen Georg Metzl und Friedrich Pfundl.
Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossen Johann Haas, Oskar Passauer und Ernst Nemschitz.
Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossinnen Anna Haas und Marie Zaunstöck sowie die Genossen Georg Metzl, Ernst Nemschitz, Oskar Passauer, Friedrich Pfundl. Ersatz: Genossin Anna Zachada.

Genosse Haas dankte namens der Gewählten für das Vertrauen und forderte die Anwesenden auf, in Fällen notwendigen Verkehrs mit Behörden sich an ihn zu wenden und dadurch Vorsprachen zu vermeiden.

Der Referent Nationalrat Genosse Karl Mark begrüßte namens der Bezirksorganisation die Jahresversammlung und würdigte die Arbeit der Genossen. Er kam auf die Aufgaben der Freiheitskämpfer zu sprechen. Dann befaßte er sich mit den Exzessen der jüngsten Zeit und teilte mit, daß Bestimmungen ausgearbeitet werden, welche ähnliche Ausschreitungen verhindern sollen. Die Bevölkerung muß selbst dazu beitragen, solche im Keime zu ersticken. Genosse Mark besprach ferner die Rechtslage in der Entschädigungsfrage politisch-rassistischer Verfolgter. Das Finanzministerium wird auf Grund des Staatsvertrages gezwungen sein, die Schäden gutzumachen, was keinen „Wohltätigkeitsakt“ bedeutet.

Nach dem beifällig aufgenommenen Referat sprachen in der Debatte eine Reihe von Genossen. Genosse Pirarsky kritisierte die lange Dauer der Wartezeit für Entschädigungen. Genosse Tröstl will die Entschädigungen nicht als Almosen behandelt wissen. Genosse Belohlawek wünschte die Unkenntlichmachung der Runenzeichen der Neonazi. Genossin Stepan meinte, daß man die Hakenkreuzschmiererei lächerlich machen sollte. Es sprachen dann noch Genosse Höcker und Genosse Mark, der auf die politische Konstellation hinwies, die uns nicht freie Hand läßt. Für die Durchführung ihrer Aufgaben besteht bei der Polizei ein Mangel an Polizisten, die aus den Reihen der Wiener Arbeiter kommen, und im Bundesheer gibt es fast keine Offiziere, die uns nahestehen.

Nach einem Dank an den Redner und einem Appell an die Anwesenden schloß Genosse Haas um 21 Uhr die Versammlung.

Floridsdorf

Jahresversammlung. Am Samstag, dem 6. Februar, hielt die Bezirksgruppe Floridsdorf des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus ihre Jahresversammlung ab. Nach der Begrüßung der Mitglieder sowie der Referentin Genossin Rosa Jochmann und der erschienenen Bezirksmandatare gab der Obmann Genosse Blei die Tagesordnung bekannt, die von den Anwesenden zur Kenntnis genommen wurde.

Vor Eingang in die Tagesordnung hielt Genosse Blei den verstorbenen Genossen einen tiefempfundenen Nachruf. Es waren dies die Genossen Laurenz Luksch, Marie Stangl, Johann Achter, Dr. Karl Poradek und Franz Müller. Genosse Blei sprach dann auch über den Tod des Genossen Rudolf Sturm am 27. Jänner und betonte, daß dieser Verlust gleich am Anfang des Jahres ein großer war. Die Bezirksgruppe Floridsdorf verliert mit ihm einen tatkräftigen Funktionär und verlässlichen Vertrauensmann, einen treuen Kampfgefährten aus den Februartagen 1934. Genosse Blei sagte: „Wir wollen allen verstorbenen Genossen dadurch ein ehrendes Angedenken bewahren, indem wir in ihrem Sinne weiterarbeiten, für die Freiheit, für die Demokratie und für die Rechte der Menschheit. Wir wollen ihren Einsatz und ihr Wirken niemals vergessen.“

Zu Punkt 1 der Tagesordnung brachte sodann Genosse Braczdovic Auszüge aus dem Protokoll der vorjährigen Jahresversammlung. Zu Punkt 2, Berichte, gab Bezirksobmann Genosse Blei den Bericht über die Tätigkeit der Bezirksgruppe im abgelaufenen Jahr 1959 bekannt, der mit großem Beifall entgegengenommen wurde.

Es folgte Genosse Bübl mit dem Kataster- und Kassenbericht, und Genosse Huschka berichtete über die Kontrolle. Er stellte den Antrag, dem scheidenden Ausschuß die Entlastung zu erteilen. Dieser Antrag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Zu Punkt 3 gab Genosse Blei bekannt, daß der erweiterte Bezirksausschuß der Jahresversammlung ein provisorisches Wahlkomitee vorschlägt, und zwar die Genossen Richard Groß, Karl Gruber und Johann Meidlinger. Die Abstimmung ergab eine einstimmige Annahme des Vorschlages. Genosse Blei übergab nun die Liste des alten Bezirksausschusses und ersuchte das Wahlkomitee, sich zur Beratung zurückzuziehen.

Hierauf ergriff Genossin Jochmann das Wort zu ihrem Referat über die 12. Novelle des OFG, und die politische Lage. Einleitend sagte sie, daß es ihr sehr leid getan habe, beim Begräbnis des Genossen Sturm nicht dabei gewesen sein zu können; sie war durch eine wichtige Tagung, die in Bad Schallerbach stattfand, daran verhindert. Sodann brachte sie ein interessantes Referat, das die wichtigsten Punkte für die politisch Verfolgten behandelte. Besonders wurde auch über die Schmieraktionen der Nazi gesprochen und welche

Abhilfe die Regierung schaffen wird, um diese Provokationen abzuwehren. Die Ausführungen der Genossin Jochmann wurden mit großem Beifall der Versammlung aufgenommen; es war zugleich eine Protestkundgebung gegen die ewig Gestrigen. Genosse Blei dankte im Namen der Anwesenden für die treffenden Worte der Referentin.

Anschließend an das Referat meldete sich Genosse Anton Niederle, der Obmann der Schutzbundführer, der mit mehreren Genossen erschienen war, zum Wort und überbrachte herzliche Grüße dieser Genossen und dankte Genossen Blei für seine Treue und sein Wirken für die politisch Verfolgten. Er sagte: „Genosse Blei möge noch lange in diesem Sinne arbeiten und wirken.“ Genosse Niederle ehrte sodann Genossen Blei durch Überreichung einer Statue aus Bronze, die einen Schutzbündler auf einem Sockel stehend darstellt, und wünschte ihm viel Glück zu seinem Geburtstag. Die Ehrung wurde mit großem Beifall bedacht. Genosse Blei dankte sodann Genossen Niederle für seine herzlichen Worte und das sinnreiche Geschenk und sagte, daß er sich dessen würdig erweisen werde.

Zu Punkt 5 brachte nun das Wahlkomitee die Vorschläge für die Bezirksleitung.

Genosse Gruber ließ über den 1. Obmann abstimmen. Genosse Karl Blei wurde einstimmig wiedergewählt. Sodann übergab er die Liste mit den weiteren Vorschlägen dem Genossen Blei, der die weitere Abstimmung en bloc durchführte. Die vorgeschlagenen Genossen wurden einstimmig gewählt.

Genosse Blei ersuchte dann um Vorschläge für die Kontrolle. Es wurden vom Plenum die Genossen Franz Pokoy, August Dworschak und Genossin Barbara Berthold vorgeschlagen und auch einstimmig gewählt.

Der neue Ausschuß setzt sich daher aus folgenden Genossinnen und Genossen zusammen:

1. Obmann: Genosse Karl Blei;
2. Obmann: Genosse Viktor Marsal;
1. Kassier: Genosse Karl Bübl;
2. Kassier: Genosse Richard Groß;
1. Schriftführer: Genosse Josef Braczdovic;
2. Schriftführer: Genosse Viktor Marsal;
- Opferfürsorgereferat: Genosse Karl Blei;
- Beisitzer: Die Genossen Heinrich Litschauer und Richard Stern;
- Kontrolle: Die Genossin Barbara Berthold sowie die Genossen Franz Pokoy und August Dworschak.

Weiter wurden der Jahresversammlung die Vorschläge der Delegierten für die Bundeshauptversammlung (4 Delegierte) und für die Landeshauptversammlung (9 Delegierte) vorgelegt. Die vorgeschlagenen Genossen wurden einstimmig gewählt.

Dann dankte Genosse Blei für die Wiederwahl und das Vertrauen, das man ihm neuerlich entgegenbrachte, und gelobte, alles für die Interessen und die Rechte der politisch

Arbeiter! Angestellte!

Entlehnt Bücher der Betriebsbüchereien!

Betriebsrat!

Sorge für den Ausbau der Betriebsbücherei!

Die Betriebsbüchereien
werden betreut durch die

Reise- u. Versandbuchhandlung
des
Österreichischen
Gewerkschaftsbundes

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

Kammern für Arbeiter und Angestellte

Verfolgten zu tun, und bat, ihn bei seiner Arbeit zu unterstützen.

Genosse Blei kündigte sodann eine Autobusfahrt für den 21. Mai 1960 zum Wasserkraftwerk nach Ybbs-Persenbeug an. Er gab bekannt, daß die Mitglieder, sobald das Programm fertiggestellt ist, ein Anmeldeformular durch die Post zugesandt erhalten werden, woraus sie dann alles ersehen und ihre Anmeldung zu dieser Fahrt in unseren Sprechstunden im Sekretariat tätigen können.

Die sehr gut besuchte Jahresversammlung wurde vom Genossen Blei mit dem Dank an die zahlreich erschienenen Teilnehmer und mit dem „Lied der Arbeit“ geschlossen.

Anschließend wurde für die Mitglieder ein gemütliches Beisammensein mit dem Ensemble der Gruppe Hans Höchsmann durchgeführt, das „Den lachenden Kaktus“ zur Aufführung brachte. Es waren zwei Stunden voll Frohsinn und guter Laune. Die Mitwirkenden wurden mit großem Beifall bedacht. Es war wieder ein schöner Abend, der unseren Genossen noch lange in Erinnerung bleiben wird.

*

Unsere Weissel-Gedenkstunde. Am Freitag, dem 12. Februar 1960, veranstaltete die Bezirksgruppe Floridsdorf um 19 Uhr bei der Hauptfeuerwache in Floridsdorf eine Februar-Gedenkfeier für den Feuerwehrkommandanten Genossen Ing. Georg Weissel, der am 12. Februar 1934 von der Reaktion hingerichtet wurde.

In Anwesenheit der Gemeinderäte Genossin Lehnert und Kohl sowie Genossin Rosa Weber und des Bezirksvorstehers Genossen Hietzinger und vielen anderen Funktionären und Genossen der Parteiorganisation wurde die Feier mit einem Lied der Bezirksgruppe der Roten Falken unter Führung des Genossen Schabitz eröffnet, der mit 140 Kindern erschienen war. Dann folgte ein Sprechchor mit einem Vortrag. Anschließend sprach der Bezirksobmann Genosse Blei Worte des Gedenkens: „Wir sind hier zusammengekommen, um eines Genossen zu gedenken, der Mut und Entschlossenheit in sich verkörperte, der keinen Moment zögerte, als es galt, die Rechte der Arbeiter, die Freiheit und die Demokratie zu beschützen. Er stellte sich mit der Waffe in der Hand gegen die Reaktion. Es kostete ihn das Leben und seinen Kameraden, die ihm zur Seite standen, viele Jahre schweren Kerker. Viele Jahre mußten vergehen, bis wieder die Stunde der Freiheit für uns schlug. Darum sind wir es den Opfern schuldig, ihrer zu gedenken, die für die Freiheit gestorben sind. Sie haben verzweifelt und scheinbar erfolglos gekämpft, aber ihr Opfer war nicht umsonst. Ein solcher Held war auch Genosse Georg Weissel, den in diesem Gebäude sein Schicksal ereilte, der im Denken und Fühlen des Volkes zum Symbol für alle wurde. Seine Tapferkeit im Kampfe und vor dem Standgericht nötigten selbst seinen Gegnern und auch seinen Richtern Respekt ab. Neben Koloman Wallisch stand er allen voran. Er wurde zur legendären Gestalt. Wir wollen in Dankbarkeit seiner gedenken.“

Zum Zeichen der Verbundenheit mit ihm senkten sich die Fahnen und wir verweilten eine Minute in stiller Trauer. Wir werden sein Wirken und seinen Einsatz „Niemals vergessen“.

Abschließend trat ein junger Genosse der Roten Falken vor und sprach die Worte des Georg-Weissel-Liedes. Dann wurde die Kundgebung mit dem Lied der „Internationale“ beendet.

Genosse Blei schloß die erhebende Feier mit herzlichem Dank an die zahlreich erschienenen Genossinnen und Genossen und mit unserem Gruß „Freundschaft“.

*

Unsere Februar-Gedenkfeier. Am Samstag, dem 13. Februar 1960, fand um 14.30 Uhr auf dem Jedleseer Friedhof am Grabe des Genossen Johann Giller, im Beisein des Genossen Josef Kohl, des Bezirksvorstehers und Obmannes der Bezirksorganisation der Sozialistischen Partei, Genossen Rudolf Hietzinger, und vielen anderen Funktionären und Genossen eine Gedenkfeier statt. Unser Obmann, Genosse Karl Blei, hielt die Gedenkrede und sagte: „Wie alle Jahre, sind wir auch heuer wieder am Grabe eines Freiheitskämpfers zusammengekommen, um derer zu gedenken, die nicht mehr unter uns wellen, die im Februar 1934 hingerichtet oder eingekerkert wurden. Auch an die, die uns der Allbezwinger Tod in den vergangenen Jahren aus unseren Reihen genommen hat. Alle waren vor ihrer Zeit gestorben, an den Leiden, die sie sich in der Haft zugezogen hatten. Es waren treue und verlässliche Kämpfer, die jederzeit bereit waren, Leben und Freiheit für die Demokratie zu opfern.“

Jedes Jahr um dieselbe Zeit werden Stimmen laut, endlich einen Schlußstrich unter die Ereignisse des 12. Februar 1934 zu ziehen. Diesen Rufern aus den bürgerlichen Lagern muß mit aller Entschiedenheit gesagt werden: Alle Menschen, die eine uneingeschränkte Demokratie wollen, können Zeiten nicht vergessen, in denen die Freiheit und die Demokratie mit Füßen getreten wurde. Man muß immer daran erinnern, zur Warnung an alle, die sich nach dieser Zeit zurücksehnen, zur Mahnung an die gesunden Kräfte der arbeitenden Bevölkerung, niemals zu erlahmen in dem Bestreben, die Freiheit und die Demokratie zu erhalten. Deshalb ist es notwendig, das Bekenntnis zur sozialistischen Idee zu erneuern, von welcher die Helden des Februar 1934 erfüllt waren. Sie sind für eine gerechte Sache im Kampfe gefallen, sie wurden ermordet oder eingekerkert, sie haben verzweifelt gekämpft. Viele Jahre der Not und des Leidens mußten vergehen, bevor wieder die Stunde der Freiheit für uns schlug. Darum sind wir es den Opfern, die für die Freiheit gestorben sind, schuldig, ihrer zu gedenken. Ihr Opfer war nicht umsonst. Ein solcher Held war auch unser Genosse Giller. Er wurde zum Tode verurteilt, weil er die Rechte der Arbeiter verteidigen wollte. Das Todesurteil wurde aber dann in lebenslangen Kerker umgewandelt und später wurde er begnadigt. Auch bei ihm waren die Leiden, die er erdulden mußte, die Ursache, daß er so früh verstarb. Die Unterdrückung der arbeitenden Menschen hat ihn zutiefst getroffen. Als Zeichen und Symbol der Verbundenheit mit allen Opfern legen wir hier einen Kranz nieder, die Fahne senkt sich und wir ver-

weilen eine Minute in tiefer Trauer. Wir werden sie »Niemals vergessen«.

Eine Abordnung der Floridsdorfer Straßenbahner stand am Grabe Spaller. Die Feier wurde mit dem Gruß Freundschaft und mit dem herzlichen Dank des Bezirksobmannes Genossen Blei geschlossen.

*

Franz Wagner †. Am Donnerstag, dem 3. März, starb unser Genosse Franz Wagner im 72. Lebensjahr. Er war ein aufrechter Kämpfer für die gerechte Sache der Arbeiter, jederzeit bereit, treu und verlässlich, wenn es galt, da und dort einzuspringen, um mitzuarbeiten. Bezirksobmann Genosse Blei hielt bei der Urnenbeisetzung am Dienstag, dem 15. März, auf dem Stammersdorfer Friedhof einen tiefempfundenen Nachruf. Die Bezirksgruppe war mit ihrer Fahne anwesend, viele seiner Freunde gaben ihm das letzte Geleit.

Am Donnerstag, dem 10. März, fand die Kremation des Genossen Franz Wagner statt, bei der Genosse Josef Kohl im Namen der Bezirksorganisation und der Bezirksgruppe der Freiheitskämpfer sein Wirken und seinen Einsatz würdigte. Er wurde von den Nazi zu 19 Monaten Kerker verurteilt.

Wir werden ihn niemals vergessen und ihm ein ehrendes Angedenken bewahren.

*

Johann Wirius †. Am Montag, dem 28. März 1960, verlor die Bezirksgruppe Floridsdorf einen treuen und verlässlichen Kämpfer, den Genossen Johann Wirius, im 83. Lebensjahr. Er war einer derjenigen, die jederzeit bereit waren, für die Arbeiterschaft ihr Letztes zu geben und ihr ganzes Ich einzusetzen.

Das Begräbnis fand am 1. April 1960 auf dem Stammersdorfer Friedhof statt. Die Bezirksgruppe Floridsdorf wird seinen Einsatz und sein Wirken niemals vergessen.

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

Mödling. Anton Hrabý †. Am Montag, dem 15. Februar 1960, verstarb unser Genosse Anton Hrabý. Mit ihm hat die Bezirksgruppe Mödling einen treuen und verlässlichen Kämpfer aus den Februartagen 1934 verloren. Genosse Hrabý war einer derjenigen, die keinen Moment zögerten, wenn es galt, die Rechte der Arbeiterschaft zu verteidigen. Er war immer bereit, sein Bestes und Letztes für die große Idee des Sozialismus zu geben und sein ganzes Ich einzusetzen.

Am 22. Februar 1960 wurde unser Genosse Hrabý unter großer Anteilnahme seiner vielen Freunde und Genossen auf dem Mödlinger Friedhof zu Grabe getragen. Genosse Lehr sprach für die Gewerkschaft Worte des Abschieds, Bürgermeister Genosse Josef Deutsch für die Partei und die Freiheitskämpfer, und Genosse Vinzenz hielt für die Rentner einen tiefempfundenen Nachruf.

Wir werden das Wirken unseres Genossen Hrabý und sein Opfer niemals vergessen.

Oberösterreich

Landeshauptversammlung. Die Landesorganisation Oberösterreich hielt am 13. März 1960 in Linz ihre diesjährige Landeskonzferenz ab. Den Vorsitz führte an Stelle des kürzlich verstorbenen Obmannes Karl Jakubetz Genosse Karl, der als Gäste Genossen Aigner von der Landesparteileitung, Genossen Hamberger von der Bezirksleitung und Genossen Blei als Referenten der Bundesleitung begrüßen konnte. Nach einer Gedenkminute für die fünfzehn Verstorbenen unserer Organisation folgte die Verlesung des Protokolls durch den Schriftführer Genossen Hirsch sowie des Sekretariats- und Kassaberichtes durch Genossen Nejedlý. Für die Kontrolle stellte Genosse Fuchs den Entlastungsantrag, der einstimmig angenommen wurde.

Hierauf begrüßte Nationalrat Genosse Aigner in einer eindrucksvollen Rede die Konferenz. Er schilderte zu Beginn die verschiedenen, in den Verhandlungen über die — seit fünfzehn Jahren vergebens erwartete — Wiedergutmachung auftauchenden und hemmenden Probleme. „Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer“, sagte er, „muß Hüter der Demokratie sein und bleiben.“ Die Jugend müsse die Geschichte der Arbeiterschaft genauer kennenlernen. Nicht nur der braune Faschismus, auch die Monarchisten versuchen in Österreich wieder zur Macht zu kommen.

Nach einem Nachruf für den verstorbenen Genossen Jakubetz berichtete Genosse Blei über den Stand der Verhandlungen im „Achter-Komitee“, für die seitens der ÖVP wenig Interesse gezeigt werde. Die Vorlage zu einer 12. Novelle sei sehr dringend, sollen wir nicht in Anbetracht der schwierigen Lösung der Rentner- und Krankenkassenfragen in den Hintergrund gedrängt werden. Mit Medaillen wollen wir uns nicht abspesen lassen; eine Koppelung des OFG mit dem KVO lehnen wir ab.

Die Konferenz dankte dem Redner mit lebhaftem Beifall. Die dem Referat folgende Neuwahl hatte folgendes Ergebnis:

1. Obmann: Genosse Kirchschläger;
2. Obmann: Genosse Meißner;
1. Schriftführer: Genosse Hirsch;
2. Schriftführer: Genosse Kempinger;
1. Kassier: Genosse Nejedlý;
2. Kassier: Genosse Wiesner;
- Kontrolle: die Genossen Fuchs und Schramayr;
- Beisitzer: die Genossen Schwinghammer, Karl und Doktor Blumberg für Linz; die Genossen Manzenreiter und Schwiagelhofer für Steyr; Genosse Besterreimer für Braunau am Inn; Genossin Josefa Groiß für Vöcklabruck; Genosse Königsecker für Freistadt und Genosse Fürnhammer für Perg.

Ausschreibung von Tabaktrafiken

In Wien, Niederösterreich und dem Burgenland sind folgende Tabaktrafiken ausgeschrieben. Wir machen darauf aufmerksam, daß sich alle Amtsbescheinigungsbesitzer unter den vorgeschriebenen Bedingungen um die Verleihung dieser Trafiken bewerben können. Mit-

glieder unseres Bundes, die die Absicht haben, sich um eine Trafik zu bewerben, mögen alle näheren Daten zusammen mit einer Durchschrift des bezüglichen Ansuchens so rasch als möglich über die zuständigen Landesorganisationen an uns einsenden.

Im Wege der öffentlichen Ausschreibung gelangen bis 23. Mai 1960 nachfolgend verzeichnete Tabaktrafiken in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland zur Wiederbesetzung.

a) Tabaktrafiken in Wien

Standort	Umsatz im Jahre 1959*)	Führung
Wien IV, Kolschitzkygasse 6	140.760 S	selbständig, allenfalls nichtselbständig
Wien XI, Kaiser-Ebersdorfer Straße 12	47.440 S	nichtselbständig
Wien XXI, Donauefelder Straße 146	94.600 S	nichtselbständig

b) Tabaktrafiken in Niederösterreich

Standort	Bezirk	Umsatz im Jahre 1959 *) S	Führung
Großschönau, Kiosk	Gmünd	69.335 S	nichtselbständig
Gutenbrunn 22	Zwettl	106.330 S	selbständig, allenfalls nichtselbständig
Hausbrunn 525	Mistelbach	69.194 S	nichtselbständig
Hippersdorf 35	Tulln	13.142 S	nichtselbständig
Kienberg 83, Gemeinde Gaming	Scheibbs	26.899 S	nichtselbständig
Kirchstetten 16	Mistelbach	10.610 S	nichtselbständig
Kledering 5, Gemeinde Schwechat	Wien-Umgebung	3.889 S	nichtselbständig
Kritzendorf, Hauptstraße 11, Gemeinde Klosterneuburg	Wien-Umgebung	66.070 S	nichtselbständig
Langau 100	Horn	86.374 S	nichtselbständig
Langenlebarn, Tullner Straße 87	Tulln	25.045 S	nichtselbständig
Marbach am Walde 10	Zwettl	15.680 S	nichtselbständig
Obergrünbach 28	Krems	4.458 S	nichtselbständig
Persenbeug 50	Melk	236.028 S	selbständig, allenfalls nichtselbständig
Reisenberg 190, Kiosk	Baden	67.073 S	selbständig, allenfalls nichtselbständig
Schagges 32	Gmünd	13.325 S	nichtselbständig
Sitzmanns 22, Gemeinde Wurmbrand	Zwettl	5.867 S	nichtselbständig
Waidhofen a. d. Thaya, Wiener Straße 17	Waidhofen an der Thaya	20.168 S	nichtselbständig
Wiener Neustadt, Raugasse 5	Wiener Neustadt	1958: 51.100 S	nichtselbständig
Ybbsitz, Markt 179, Kiosk	Amstetten	139.155 S	selbständig, allenfalls nichtselbständig

c) Tabaktrafiken im Burgenland

Standort	Bezirk	Umsatz im Jahre 1959 *) S	Führung
Illmitz, Söldnergasse 10	Neusiedl am See	1958: 26.000 S	nichtselbständig
Jennersdorf 339	Oberwart	30.270 S	nichtselbständig
Neudörf 152	Mattersburg	133.900 S	selbständig, allenfalls nichtselbständig
Neustift an der Lafnitz 80	Oberwart	15.084 S	nichtselbständig
Strebersdorf 48	Oberpullendorf	16.345 S	nichtselbständig

Ferner gelangen umsatzschwache Tabaktrafiken in Niederösterreich und dem Burgenland mit nichtselbständiger, allenfalls selbständiger Führung (Kleintrafiken) zur Wiederbesetzung.

Niederösterreich

Standort	Bezirk	Umsatz im Jahre 1959*)
Freitzenschlag 7, Gemeinde Hypolz	Zwettl	3.165 S
Großmugl, Kiosk	Korneuburg	1958: 50.136 S
Himberg, Bahnhof-Kiosk**)	Wien-Umgebung	42.328 S
Tulbinger Kogel 103, Gemeinde Tulbing	Tulln	13.824 S

Burgenland

Krottendorf 11	Jennersdorf	4.920 S
----------------	-------------	---------

Da der Ertrag dieser umsatzschwachen, an sich nicht lebensfähigen Tabaktrafiken keine Existenzgrundlage für die Lizenzinhaber bildet, werden Anträge jener Bewerber um die selbständige Führung der Tabaktrafik vorzugsweise berücksichtigt, welche ständig andere ausreichende Einkünfte haben, die durch die Trafikverleihung keine nennenswerte Kürzung erfahren, wie zum Beispiel aus Renten beziehungsweise Versorgungsgenüssen oder aus dem Betrieb einer Landwirtschaft, eines Handwerks, einer Totoannahmestelle und dergleichen.

*) Wofern nicht anders angegeben.

**) Diese Tabaktrafik befindet sich auf Bahngrund. Der Trafiklizenznachfolger hat sich gegebenenfalls zu verpflichten, allfällige finanzielle Forderungen der Österreichischen Bundesbahnen, die aus Anlaß der Erledigung der Trafik entstanden sind, zu begleichen.

Die Anträge auf Verleihung dieser Verschleißgeschäfte sind auf den vorgeschriebenen amtlichen Vordrucken zu stellen, zu fertigen und spätestens am 23. Mai 1960, 12 Uhr mittags, bei der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und das Burgenland als Vollmachtsträger der Austria Tabakwerke AG, vormals Österreichische Tabakregie, in Wien III, Vordere Zollamtsstraße 5, 3. Stock, Tür 312, unter verschlossenem Kuvert einzureichen.

Die Anträge sind mit 30 S. Beilagen, die nicht an sich schon einer höheren Stempelgebühr unterliegen, mit 1,50 S zu stempeln.

Die bevorzugten Bewerber (siehe Schlußabsatz, Ziffer 1 bis 3) sind von der Stempelpflicht, soweit es die Anträge und die mit 1,50 S zu stempelnden Beilagen betrifft, befreit.

Anträge, die nicht unter Benützung der amtlichen Vordrucke oder verspätet eingebracht werden, insbesondere Anträge, die nicht mit dem Nachweis des Verfügungsrechtes des Bewerbers über ein vollkommen geeignetes Verschleißlokal belegt sind, bleiben unberücksichtigt.

Die amtlichen Vordrucke sind bei der obgenannten Finanzlandesdirektion und bei dem zuständigen Finanzamt beziehungsweise der zuständigen Steueraufsichtsstelle erhältlich, wo selbst auch nähere Auskünfte erteilt werden.

Die Verschleißgeschäfte dürfen am bisherigen Standort oder, wenn das Stammlokal nicht zur Verfügung steht, in

einem geeigneten, in unmittelbarer Nähe gelegenen Ersatzlokal beziehungsweise in dem angegebenen Ausschreibungsbereich ausgeübt werden. Die Handelsspanne für Tabaktrafiken beträgt derzeit bei selbständiger Führung 36 Prozent, bei nichtselbständiger Führung 20 Prozent.

Ein unbedingtes Vorzugsrecht bei der Vergebung von Tabakverschleißgeschäften genießen vor allen anderen Bewerbern:

1. Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich mit einer Amtsbescheinigung nach § 4 des Opferfürsorgegesetzes vom 4. Juli 1947, BGBl. Nr. 183.
2. Bedürftige Beschädigte und Hinterbliebene, sofern ihnen auf Grund des Kriegsofferversorgungsgesetzes vom 14. Juli 1949, BGBl. Nr. 197, in seiner jeweiligen Fassung, eine Rente zuerkannt ist, Kriegerwitwen aus dem Weltkrieg 1939/1945, jedoch nur insoweit, als sie das 40. Lebensjahr vollendet oder für mindestens ein waisenrentenberechtigtes Kind zu sorgen haben oder erwerbsunfähig sind.
3. Schließlich jene geschädigten Kärntner Abwehrkämpfer beziehungsweise die Hinterbliebenen nach gefallenen Kärntner Abwehrkämpfern, denen eine dauernde Rente auf Grund des Invalidenentschädigungsgesetzes zuerkannt worden ist.

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 55

P. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.

Die große Neuerung der
WIENER STÄDTISCHEN

Einzahlungen: wann Sie wollen
wieviel Sie wollen
steuerlich absetzbar.

**ALLE-
BAU**

VERSICHERUNG

mit dem elastischen Prämiensystem

WIEN I, RINGTURM — 63 97 50

**Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 31. Mai 1960**

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Tel. 33 96 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9 Mo. 17 bis 18 Uhr
 2. Praterstraße 25 a Jeden 1. Di. im Monat, Praterstern 1, 16 bis 18 Uhr
 3. Landstraßer Hauptstraße 41 .. Fr. 18 bis 20 Uhr
 4. Wiedner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
 5. Kohlgasse 27 Mi. 18 bis 19 Uhr
 6. Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 19 bis 20 Uhr
 7. Neubaugasse 25 Jeden 1. Mi. im Monat, 18 bis 19 Uhr
 8. Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
 9. Dreihackengasse 7 Mi. 17 bis 19 Uhr
 10. Laxenburger Straße 8/10, I. Di. 17 bis 19 Uhr
 11. Simmeringer Hauptstraße 80 .. Jeden 2. u. 4. Mo. 18 bis 19 Uhr
 12. Ruckergasse 40 Mi. 18 bis 19 Uhr
 13. Hietzinger Hauptstraße 22 Jeden 1. u. 3. Di. im Monat, 18 bis 19 Uhr
 14. Linzer Straße 297 Fr. 17 bis 19 Uhr
 15. Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. im Monat, 17 bis 19 Uhr
 16. Liebhartsgasse 56 Do. 17 bis 19 Uhr
 16. Zagorskigasse 6 Do. 17.30 bis 19 Uhr
 17. Kalvarienberggasse 28 a, II/26
- Beitragsentrichtung und Auskünfte jederzeit
18. Gentzgasse 62 Fr. 18 bis 20 Uhr
 19. Billrothstraße 48 Di. 17 bis 19 Uhr
 20. Raffaelgasse 11 Do. 18.30 bis 20 Uhr
 21. Prager Straße 9, 1. Stock Jeden 1. u. 3. Mo. im Monat, 17 bis 18.30 Uhr
 22. Donaufelder Straße 259 Mo. 18 bis 19 Uhr
 23. Liesing, Breitenfurter Straße 2 Jeden 1. u. 3. Mo. 18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei:

9. Berggasse 41 Jeden 1. Do. 14 bis 16 Uhr
- Parterre (Hausverwaltung) ...

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Mödling, Gewerkschaftsheim,
Wiener Straße 2 Jeden Mo. u. Sa., 8.30 bis 11.30 Uhr
- St. Pölten, Bezirksleitung,
St. Pölten, Prandtauerstraße 4 .. Sa. 9 bis 12 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat
der SPÖ, Hauptstraße 5 Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Kammerbücherei
der Arbeiterkammer, Bahnhof-
straße 42, bei Genossin Lona
Sablatnig und Genossen Eduard
Goritschnig Tägl. außer Sa. 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36, II. Stock
Zimmer 24 Tägl. (außer Sa.), 9 bis 12 Uhr
- Steyr, Damberggasse 2 Jeden 1. u. 3. Sa im Monat, 10 bis 11 Uhr

Salzburg:

- Sprechstunden entfallen bis auf
weiteres.

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13,
Zimmer 17 Mi. 17 bis 19 Uhr
- Bruck a. d. Mur, Arbeiterheim,
Kirchplatz 5

Tirol:

- Innsbruck, Müllerstraße 30/I, Bitte vorher telephonisch anfragen: Nr. 7 11 12.